

Landkreis Ravensburg

den 10. Dez. 2014

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistags
am 13.11.2014 im Festhalle Bodnegg, Dorfstr. 30, 88285 Bodnegg

Dauer 13:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Bürgermeister Elmar Buemann,

Herr Bürgermeister Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Bürgermeister Thomas Kellenberger,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Bürgermeister Josef Köberle,

«sitext» vom «sidat»

Herr Bürgermeister Dieter Krattenmacher,
Herr Bürgermeister Clemens Moll,
Herr Axel Müller,
Herr Bürgermeister Peter Müller,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp,
Herr Bürgermeister Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr August Schuler,
Herr Robert Schweizer,
Herr Bürgermeister Daniel Steiner,
Herr Robert Stütze,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Jochen Fischinger,
Herr Matthias Grad,
Herr Bürgermeister Roland Haug,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Oberbürgermeister Michael Lang,
Herr Bürgermeister Holger Lehr,
Herr Bürgermeister Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Bürgermeister Peter Smigoc,
Herr Bürgermeister Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Peter Clément,
Herr Gerhard Lang,
Frau Gisela Müller,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,

Frau Judith Gebhardt,
Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Heinz Strubel,
Herr Dr. Ulrich Walz,
Herr Roland Zintl,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Max Scharpf,
Herr Siegfried Scharpf,
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,
Herr Wolfgang Nippe,

Nachrücker für KR Raible, siehe TOP 2

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur,
Herr Gerd Hägele,
Herr Peter Hagg,
Herr Franz Hirth,
Herr Werner Nitz,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Georg Rupp,
Herr Roland Sauter,
Frau Sybille Schuh,
Herr Walter Sieger,

Gäste

Herr Dr. Sebastian Wolf,

Oberschwabenklinik GmbH, zu TOP 13 und

14

Abwesend:

CDU

Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Wolfgang Pfefferle,
Herr Bürgermeister Roland Weinschenk,
Herr Waldemar Westermayer, MdB,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Oberbürgermeister Markus Ewald,

SPD

Herr Anton Frei,
Herr Rainer Marquart,
Herr Jürgen Rölli,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenbergl,
Herr Manfred Lucha, MdL,

Die Linke

Herr Lars Raible,

Ausscheiden aus dem Kreistag, siehe TOP 2

Tischvorlagen:

Entwurf des Haushaltsplanes 2015, zu TOP 5
Finanzbericht zum 13.11.2014, zu TOP 5
Haushaltsrede des Landrats, zu TOP 5
Antrag des SPD-Kreistagsfraktion, zu TOP 6
Kapazitätsplanung bei der Asylbewerberunterbringung, zu TOP 11
"Ampelpapier" der OSK, zu TOP 14

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 Ausscheiden von Kreisrat Lars Raible aus dem Kreistag und Neubesetzung der Ausschüsse
- 3 Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats der Kreissparkasse
- 4 Feststellung der Jahresabschlüsse 2013
 - 4.1 Jahresabschluss 2013 - Kernhaushalt
 - 4.2 Jahresabschluss 2013 - Eigenbetrieb Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule (IKP)
 - 4.3 Jahresabschluss 2013 - Eigenbetrieb Kultur im Landkreis Ravensburg
- 5 Einbringung des Kreishaushalts und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Jahr 2015
- 6 Kreisstrategie: Leitziele des Landkreises
- 7 Abfallwirtschaftskonzept Landkreis Ravensburg
- 8 Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Ravensburg ab dem 01.01.2016
- 9 Kreditsachen
- 10 Kapitalerhöhung RaWEG mbH
- 11 Asylbewerberunterbringung - Sachstandsbericht
- 12 Anfragen und Bekanntgaben
 - 12.1 Anfragen und Bekanntgaben - Polizeireform
 - 12.2 Anfragen und Bekanntgaben - FDP im Kreistag

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 04.11.2014 zu dieser Sitzung eingeladen.

Bürgermeister Frick begrüßt die Kreisräte in Bodnegg und stellt die Gemeinde vor.

Der Vorsitzende gratuliert KR Peter zum Geburtstag.

Öffentliche Sitzung

§ 49

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokollentwurf der Sitzung am 09.10.2014.

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

§ 50

Ausscheiden von Kreisrat Lars Raible aus dem Kreistag und Neubesetzung der Ausschüsse

Der Vorsitzende trägt vor:

„Nichts ist beständiger als der Wechsel, sagt ein Sprichwort und wie sehr auch der Kreistag diesem ewigen Wechsel unterworfen ist, sehen wir heute einmal mehr:

Kreisrat Lars Raible hat uns mitgeteilt, dass sich sein Gesundheitszustand seit der Wahl im Mai stark verschlechtert hat und er sich deshalb außerstande sieht, sein Kreistagsmandat weiter auszuüben.

Sein Ausscheiden aus dem Kreistag kann ein Kreisrat gem. § 12 der Landkreisordnung verlangen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ob ein wichtiger Grund vorliegt entscheidet nach demselben Paragraphen der Kreistag.

Gem. § 12 I Ziff. 6 der LkrO kann ein Kreisrat sein Ausscheiden verlangen, wenn er anhaltend krank ist. Dieser wichtige Grund gem. § 12 der LkrO ist bei Herrn Raible gegeben; ein

Ermessensspielraum des Kreistags in der Beurteilung des Antrags besteht deshalb nicht.“

Auf Vorschlag des Vorsitzenden stellt der Kreistag **e i n s t i m m i g** fest,

dass Kreisrat Raible an der weiteren Ausübung seines Kreistagsmandats gehindert ist und deshalb gem. § 25 LkrO mit sofortiger Wirkung aus dem Kreistag des Landkreises Ravensburg ausscheidet.

Der Vorsitzende fährt fort:

„Bei der Feststellung, wer Herrn Raible nachfolgt, ist die Stimmenzahl der Ersatzbewerber kreisweit maßgeblich, da es sich um ein Ausgleichsmandat handelt.

Der Ersatzbewerber mit der höchsten Stimmenzahlen ist Herr Wolfgang Nippe aus Bad Waldsee. Herr Nippe ist zur sofortigen Übernahme des Kreistagsmandats bereit und heute auch bereits unter uns.“

Auf Vorschlag des Vorsitzenden stellt der Kreistag **e i n s t i m m i g** fest,

dass Herr Wolfgang Nippe für Herrn Lars Raible mit Wirkung zum 13. November 2014 in den Kreistag nachrückt.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Nippe mit Handschlag:

„Sehr geehrter Herr Nippe,

das Amt des Kreisrats ist ein Ehrenamt. Nach § 26 der LkrO entscheiden die Kreisräte im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung. An Verpflichtungen und Aufträge, durch die diese Freiheit beschränkt wird, sind sie nicht gebunden. Ein imperatives Mandat gibt es also nicht.

Ich bin verpflichtet, Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Amtspflichten hinzuweisen. Sie haben Treu und Gehorsam den Gesetzen zu geloben und das Wohl der Einwohner nach Kräften zu fördern. Sie haben stets das Wohl des ganzen Landkreises im Auge zu haben und nicht in erster Linie das Interesse Ihrer Heimatgemeinde. Persönliche Interessen dürfen Sie nicht leiten, Sie müssen vielmehr Ihr Amt uneigennützig und verantwortungsbewusst führen.

Sie sind gem. § 30 Abs. 2 der LkrO zur Verschwiegenheit über alle in nichtöffentlicher Sit-

zung behandelten Angelegenheiten verpflichtet, solange ich Sie nicht von dieser Schweigepflicht entbinde und Sie dürfen weder mitberaten noch mitentscheiden, wenn ein Befangenheitsgrund im Sinne von § 14 der LkrO vorliegt. Ist dies der Fall, haben Sie dies mir vor Beginn der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt unaufgefordert mitzuteilen.

Sehr geehrter Herr Nippe, herzlich willkommen in dieser Runde!

Nun geht es um die Nachbesetzung der Ausschüsse. Kreisrat Raible war

- Mitglied im Verwaltungsausschuss und im Sozialausschuss
- sowie Stellvertreter für Kreisrat Dr. Bastian im Ausschuss für Umwelt und Technik, im Kulturausschuss und im Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kultur im Landkreis Ravensburg

§ 35 der LkrO regelt die Zusammensetzung der Kreistagsausschüsse. Danach besteht die Möglichkeit, sich über die Besetzung der Ausschüsse en bloc zu einigen, sofern dies der einstimmige Wille des Kreistags ist. Kommt diese Einigung (auch durch Enthaltungen) nicht zustande, sind die Ausschussmitglieder aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge zu weisen. Dies gilt für den Fall, dass mehrere gültige Wahlvorschläge eingereicht werden. Wird nur ein gültiger oder kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, findet Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber statt.

Bisheriger Brauch war es, dass beim vorzeitigen Ausscheiden eines Kreisrats sein Nachfolger dieselben Positionen einnimmt.

Wenn ich richtig informiert bin, dann gibt es seitens der Partei Die Linke dagegen keine Bedenken.“

Es werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Ohne weitere Wortmeldung ergehen nacheinander folgende **e i n s t i m m i g** gefasste Beschlüsse:

1. Die Besetzung der beschließenden Ausschüsse des Kreistags des Landkreises Ravensburg ist en bloc zu regeln.

KR Lippe rückt für Herrn Raible in den Verwaltungsausschuss und den Sozialausschuss nach und übernimmt die Stellvertretung für KR Dr. Bastian im Ausschuss für

Umwelt und Technik, im Kulturausschuss und im Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kultur im Landkreis Ravensburg.

§ 51

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats der Kreissparkasse

Der Vorsitzende trägt vor:

„Wie Sie wissen, besteht der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Ravensburg aus dem Vorsitzenden, 13 weiteren Mitgliedern und 7 Vertretern der Bediensteten. Gemäß § 14 des Sparkassengesetzes werden die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats vom Hauptorgan des Gewährträgers, also vom Kreistag bestellt.

Dies haben wir in der Kreistagssitzung vom 24. Juli denn auch gemacht, allerdings hat Frau Sabine Hofmann-Stadtländer ihr Mandat als Stellvertreterin von Frau Ingrid Staudacher nicht angetreten, so dass die SPD-Fraktion eine neue Stellvertretung für Frau Staudacher nachnominieren muss.

Auch hier gilt das am 24. Juli Gesagte, dass gem. § 17 Abs. 1 Ziff. 4 und 5 des Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg u. a. folgende Personen nicht gewählt werden können:

- Inhaber, persönlich haftende Gesellschafter, Kommanditisten, Mitglieder des Vorstands, des Verwaltungsrats, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs, Leiter, Angestellte, Arbeiter und Handelsvertreter nicht öffentlich-rechtlicher Unternehmen, die gewerbsmäßig Bank-, Finanzdienstleistungs- oder Versicherungsgeschäfte betreiben oder vermitteln, und deren Zusammenschlüsse; dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder von Unternehmen, an denen die Sparkasse, die Landesbank Baden-Württemberg oder die Landesbausparkasse unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.
- Personen, wenn sie oder ein von ihnen geleitetes Unternehmen in den letzten zehn Jahren als Schuldner in ein Insolvenzverfahren oder ein Verfahren zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung oder ein vergleichbares Verfahren verwickelt waren oder sind.“

Ich gehe davon aus, dass die SPD mögliche Hinderungsgründe vorab bereits geprüft hat

und auch die Bereitschaft, dieses Amt dann auch tatsächlich anzutreten. Wenn ich richtig informiert bin, dann ist Frau Erna Munzinger die Auserwählte.“

Ohne weitere Wortmeldung ergehen nacheinander folgende **e i n s t i m m i g** gefasste Beschlüsse:

1. Die Wahl von Frau Erna Munzinger zur Stellvertreterin von Frau Staudacher im Verwaltungsrat der Kreissparkasse ist offen und en bloc durchzuführen.
2. Frau Erna Munzinger wird zur Stellvertreterin von Frau Staudacher im Verwaltungsrat der Kreissparkasse gewählt.

Feststellung der Jahresabschlüsse 2013

§ 52

Jahresabschluss 2013 - Kernhaushalt

Frau Schuh verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen). Sie erläutert die Ergebnisrechnung 2013 sowie die Bilanz mit einer PowerPoint-Präsentation und geht auf die Finanzziele und Kennzahlen ein.

Herr Hagg erklärt den Schlussbericht des Prüfungsamtes mit einer PowerPoint-Präsentation.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Jahresabschluss des Landkreises Ravensburg für das Rechnungsjahr 2013 wird wie folgt festgestellt:

1.1 Die Bilanzsumme zum 31.12.2013 beträgt 311.516.051 €.

1.2 Der im Jahresabschluss 2013 ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von

17.346.337 € wird in voller Höhe der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

- 1.3 Der im Jahresabschluss 2013 ausgewiesene außerordentliche Jahresüberschuss in Höhe von 11.325 € wird in voller Höhe den Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses zugeführt.
- 1.4 Den überplanmäßigen/außerplanmäßigen Ausgaben wird zugestimmt.
- 1.5 Der Prüfungsbericht des Prüfungsamts wird zur Kenntnis genommen.

§ 53

Jahresabschluss 2013 - Eigenbetrieb Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule (IKP)

Herr Sauter verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert den Jahresabschluss 2013 der einzelnen Betriebsteile des Eigenbetriebs IKP mit einer PowerPoint-Präsentation.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Das Jahresergebnis 2013 wird in der durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSW Treuhand GmbH, Biberach, geprüften Form (siehe als Anlage beigefügter Prüfbericht) festgestellt. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 226.760.057,12 EUR.
2. Der im Jahresabschluss 2013 im Betriebsteil Krankenpflegeschule ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 10.612.888,13 EUR wird in voller Höhe der Kapitalrücklage entnommen. Der im Jahresabschluss 2013 im Betriebsteil Geräte-BgA ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 962.092,11 EUR wird in voller Höhe der Kapitalrücklage entnommen.
3. Zum Ausgleich des Verlusts im Betriebsteil Krankenpflegeschule führt der Landkreis Ravensburg dem Eigenbetrieb IKP den Betrag von 16.099.400 EUR in die Kapitalrücklage zu. Von diesem Betrag entfallen 439.406,44 EUR auf die steuerrechtliche Sphäre Vermögensverwaltung.

4. Der Prüfungsbericht des Prüfungsamts (Anlage 3) zum Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebs IKP wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

§ 54

Jahresabschluss 2013 - Eigenbetrieb Kultur im Landkreis Ravensburg

Herr Hagg verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert den Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebs EKR sowie den Prüfbericht mit einer Power-Point-Präsentation.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

1. Das Jahresergebnis 2013 wird in der durch das Prüfungsamt des Landkreises geprüften Form festgestellt.
Die Bilanzsumme beläuft sich auf 14.337.623,73 Euro
2. Der im Jahresabschluss 2013 ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 114.690,35 Euro und der Gewinnvortrag in Höhe von 71.963,29 Euro werden auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung des Jahres 2013
 - Herrn Stefan Zimmermann M.A. (Bauernhaus-Museum Wolfegg)
 - Frau Claudia Roßmann M.A. (Schloss Achberg / 01.01.2013-30.06.2013)
 - Herrn Dr. Maximilian Eiden (Schloss Achberg / 01.07.2013 bis 31.12.2013)wird Entlastung erteilt.

§ 55

Einbringung des Kreishaushalts und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für das Jahr

2015

Der Vorsitzende trägt vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Ravensburger Kreistags!

Traditionell bringt die Kreisverwaltung Mitte November eines Jahres den Haushalt für das kommende Haushaltsjahr ein. So ist es auch dieses Jahr. Und es ist dieses Jahr die letzte Haushaltsrede während meiner Dienstzeit. Gleichwohl soll unser Tun und Handeln nach wie vor dem Wohl der Menschen in unserem Landkreis dienen. Letztendlich steht es aber auch im Gesamtkontext der Ereignisse auf der Welt und in unserem Land.

Zurzeit lässt der Blick in die Medien jeden von uns die Sorgenfalten auf die Stirn ziehen. Jeden Tag scheint ein neuer Krisenherd, ein neuer Bürgerkrieg, eine neue Epidemie, eine neue religiöse Auseinandersetzung hinzuzukommen. Auch wenn diese Konflikte geografisch gesehen uns direkt nicht berühren, so sind wir natürlich menschlich und wirtschaftlich dennoch sehr unmittelbar davon betroffen.

Viele Menschen fliehen aus diesen Krisengebieten und suchen u. a. auch im reichen Deutschland Zuflucht. Hier sind wir – auch als Landkreis Ravensburg - aufgefordert, unseren Teil zu Linderung des Leids beizutragen. Im Vergleich zu dem, was im Libanon, in Jordanien oder in der Türkei an Hilfe und Unterstützung geleistet wird, haben wir, so meine ich, noch viel Luft nach oben.

Meine Damen und Herren, als exportabhängiges Land plagen uns in Anbetracht der weltweiten Lage auch wirtschaftliche Sorgen. Wie werden sich die genannten Krisen auf die Weltkonjunktur auswirken? Die aktuell schwächere Entwicklung der Konjunktur spiegelt bereits die veränderte Weltlage wider. Aber es wäre falsch, bereits von Wirtschaftskrise oder Rezession zu sprechen. Schon Ludwig Erhard hat ja gesagt, dass Wirtschaft zu mindestens 50 Prozent Psychologie sei. Krisenszenarien herbeizureden nützt daher niemandem.

Deswegen haben wir in Deutschland uns immer wieder auf unsere Stärken besonnen und versucht, unsere Schwächen abzustellen. Die wirtschaftliche Stärke unseres Landkreises Ravensburg liegt in der Stärke des Handwerks und der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen. Und denen geht es derzeit sehr gut. Selbst die tiefe Rezession 2009 haben wir hier im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Deutschland vergleichsweise sehr gut

überstanden.

Es ist daher unsere gemeinsame zentrale Aufgabe, den Wirtschaftsstandort Landkreis Ravensburg nach wie vor wettbewerbsfähig zu halten. Dafür haben wir in der Vergangenheit schon vieles getan – die Aufgaben gehen uns aber auch in Zukunft nicht aus:

Bei der heutigen Haushaltsrede möchte ich daher folgende 7 Themenfelder in den Mittelpunkt rücken:

1. Das Landratsamt und die Beteiligungsgesellschaften des Landkreises als Partner von Wirtschaft und Bürgern

2. Der Erhalt und die Förderung von Kultur, Landschaft und Umwelt

3. Die Bildung

4. Die Fürsorge für Familien und Hilfebedürftige

5. Der Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur

6. Die solide Finanzpolitik

7. Die Kreisstrategie

1. Landratsamt und die Beteiligungsgesellschaften des Landkreises als Partner von Wirtschaft und Bürgern

Meine Damen und Herren, das Landratsamt Ravensburg versteht sich mit seinen rund 1.400 Mitarbeitern als Dienstleister für die Einwohner dieses Landkreises und seiner Firmen und Betriebe. Wir sind keine Verhinderungsbehörde – sondern eine Genehmigungsbehörde. Dafür habe ich mich in den zurückliegenden 15 Jahren eingesetzt.

Im Jahr 2005 haben wir erfolgreich die große Verwaltungsreform umgesetzt. Vorher 10 selbständige Untere Verwaltungsbehörden wurden in das Landratsamt eingegliedert. Die vom Land verordnete Effizienzrendite von 20% haben wir bereits vor Ablauf der vorgegebenen 7 Jahren erwirtschaftet.

Trotzdem ist es uns gelungen den Bürgerservice zu erhöhen. Als ein Beispiel dafür möchte ich das Kundenservicecenter im Landratsamt in Ravensburg erwähnen. Seit dem März 2007 sind die Schalter der Zulassungsstelle verschwunden. Die Bürger werden kunden-

freundlich und schnell am Schreibtisch auf Augenhöhe bedient.

Die durchschnittliche Wartezeit liegt unter 10 Minuten. Weiterhin wurde die telefonische Erreichbarkeit aller Mitarbeiter im Landratsamt verbessert. Unsere Zielmarke liegt bei 85% Erreichbarkeit des Callcenters beim ersten Anruf.

Als große Herausforderung zur Verbesserung der Effizienz liegt die Bündelung der Verwaltungsstandorte in Ravensburg/Weingarten noch vor uns. 2012 haben wir das Telekomgebäude in Ravensburg bekanntlich erworben, mit dem Ziel, dort die Landkreisverwaltung noch weiter zu bündeln. Derzeit ist das Landratsamt in Ravensburg und Weingarten auf 10 Dienstgebäude verteilt. Für den endgültigen Auszug der Telekom im Jahr 2017 müssen wir uns jetzt schon rüsten. Derzeit wird das Raum- und Funktionsprogramm für den Gesamtstandort erstellt. Im nächsten Jahr stehen die Ausarbeitung einer Zielplanung sowie die Beratung in den Gremien an.

Meine Damen und Herren, die **WiR** stellt eine tragende Säule der Partnerschaft für die Wirtschaft und der Region dar.

Ziel der WiR ist es, Unternehmen bei der marktgerechten Umsetzung ihrer Vorhaben zu unterstützen und zu fördern und deren Innovationen zu beschleunigen. Als neutrale Anlaufstelle vermittelt die WiR Kontakte zu Spezialisten oder Kooperationspartnern, Hochschulen, Forschungseinrichtungen oder der Steinbeisstiftung.

Im Jahr 2015 soll dies durch folgende Aktivitäten erfolgen:

- Stärkung und Ausbau der Technologietransferstrukturen in der Region
- Verstärktes Standortmarketing
- Branchenstärkung – Verbesserung der Teilhabe am Ausbau der erneuerbaren Energien
- Stärkung des Wirtschaftsraums – Demographie – Regionalstudie (Prognos) – Fachkräfte-Akquise
- Berufliche Teilhabe von Frauen.

Um nur ein paar Stichworte zu nennen.

Wir können stolz sein auf das, was die WiR bisher erreicht hat, aber wir müssen sie für die Zukunftsaufgaben noch mehr stärken und unterstützen.

Meine Damen und Herren, auch unser **Jobcenter** arbeitet erfolgreich.

Seit dem 01.01.2012 hat der Landkreis das Jobcenter übernommen. Mit dem Jobcenter halten wir bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen das Steuer selbst in der Hand. Was erreichen wir damit:

- Eine zentrale Steuerung durch den Landkreis und Bürgernähe durch die Anlaufstellen in Leutkirch, Wangen und Weingarten.
- Die einzelnen Funktionsbereiche der Arbeitsvermittlung im SGB II sind systematisch aufeinander abgestimmt. Für den Kunden werden Schnittstellen vermieden und Leistungen aus einer Hand angeboten. Die Kunden werden dadurch gefördert, aber auch gefordert. Eine frühzeitige Aktivierung – auch „work-first“ genannt – ist zentraler Ansatz der Fallmanager.
- Diese Aktivitäten werden durch die landkreiseigene Beschäftigungsgesellschaft „DiPers“ GmbH unterstützt.

Meine Damen und Herren, die Erfolge in diesem Bereich können sich sehen lassen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Wir sind auf der Erfolgsspur. Die Arbeitslosenquote liegt bei uns im Landkreis Ravensburg unter 3%. Für den Rechtskreis des SGB II bei 1,3%. Damit liegen wir bundesweit ganz weit vorne.

Lassen sich mich nun zur **Landwirtschaft** kommen. Die Landwirtschaft ist für unseren ländlich geprägten Landkreis nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Förderung der Landwirte war für mich daher immer ein wichtiges Thema. Unsere Landwirtschaft ist vom Strukturwandel nicht ausgenommen. Eine heile Welt existiert auch hier nicht. Unser Landwirtschaftsamt begleitet daher in konstruktiver Art und Weise unsere bäuerlichen Familienbetriebe durch Beratung, Ausbildung und Hilfestellung bei den Zuschuss-Beantragungen.

Ein wesentlicher Erfolg stellt dabei auch der Erhalt der Ausbildung der Landwirtschaftlichen Fachschule im Landkreis dar. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir diese Schule noch im Landkreis haben und das Land das dafür notwendige Fachpersonal zur Verfügung stellt. Für diese positive Ausgangslage sollten wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen. Dann wird es nach wie vor „Power-Bauern“ auf dem größten Bauernhof des Landes

Baden-Württemberg geben.

2. Der Erhalt und die Förderung von Kultur, Landschaft und Umwelt

Die Jugendmusikschulen in unserem Landkreis leisten eine wichtige Arbeit in der Ausbildung und Förderung unserer Jugend. Jeder Euro den wir hier ausgeben, ist sinnvoll investiertes Geld in die Zukunft unserer Jugend. Mit dem im Jahr 2012 verabschiedeten Konzept „Kreisgerechtigkeit – eine Qualitätsoffensive für die Musikschulen im Landkreis Ravensburg“ ist es gelungen, die finanzielle Unterstützung durch den Landkreis etwas gerechter zu verteilen. Wir haben dafür wieder 700.000 Euro in den Entwurf dieses Haushalts eingestellt.

In unserer ureigenen Kulturarbeit bilden das Schloss Achberg und das Bauernhausmuseum die tragenden Säulen. Das Schloss Achberg bietet als „Bürgerschloss“ allen Schichten der Bevölkerung vielfältige Veranstaltungen und Ausstellungen an. Dies wollen wir weiter ausbauen. Das Amtshaus in Achberg soll bis zum Saisonauftakt 2016 so hergerichtet werden, dass Kultur- und Bildungsangebot, Gastronomie und Verwaltung insgesamt den Raum gewinnen, den diese Dienstleistungen in einer modernen Kultureinrichtung brauchen.

Das Bauernhausmuseum ist mit seinem Programm zu einem echten Renner geworden. Durch Aktionstage wie z.B. dem „Eseltag“ oder dem Apfel- und Kartoffeltag ist das Museum in den Jahresterminplanern der Familien angekommen. Durch die „Schwabenkinder“ hat das Museum auch nun einen überregionalen Ruf erarbeitet, auf den wir sehr stolz sein können. Achberg und Wolfegg müssen wir daher auch in den kommenden Jahren finanziell weiterhin stärken.

Pro Regio und Landschaftserhaltungsverbände

Über viele Jahre hat die Pro Regio bei der Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft in unserem Landkreis einen wertvollen Beitrag geleistet. Durch die Einstellung des Projekts „Plenum“ durch das Land ist dabei aber eine wesentliche finanzielle Säule weggebrochen. Die Gründung von Landschaftserhaltungsverbänden in der Rechtsform von Vereinen wird derzeit vorbereitet. Über die weitere Zukunft der Pro Regio werden wir im neuen Jahr zu entscheiden haben. Ich hoffe, dass wir auch mit dem Landschaftserhaltungsverband ein Instrument in der Hand haben, das im Vergleich zur pro regio zu ähnlichen Erfolgen

beim Zusammenspiel zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Vermarktung führt.

Meine Damen und Herren, zum Bereich Umwelt gehört natürlich auch die **Abfallwirtschaft**.

Im Mittelpunkt der klassischen Abfallwirtschaft stand der Beseitigungs-gedanke. Als Landkreis Ravensburg haben wir auf höchstem technischem Standard unsere Rohmülldeponien in Ravensburg-Gutenfurt und Wangen-Obermooweiler betrieben. Im Jahr 2005 war Schluss damit.

Seither sind wir mit dem Zweckverband Abfallwirtschaft Kempten eine Müllehe eingegangen. Unser Restabfall wird dort – wieder auf höchstem technischen Niveau und mit sehr effizienter Energieausbeute - verbrannt.

Mit der Einführung der Getrenntsammlung der Bioabfälle zum 01.01.2016 beschreitet der Landkreis Ravensburg nun den Weg von der klassischen Abfallwirtschaft hin zur Ressourcenwirtschaft weiter.

„Abfall als Ressource“ ist das Schlagwort der Zukunft. Auch Bioabfälle sind zu wertvoll, um sie einfach im Müllheizkraftwerk zu verfeuern. Aus Bioabfall wird nun auch im Landkreis Ravensburg Kompost, Flüssigdünger und Energie. Alle drei Elemente stellen unsere elementare Lebensgrundlage dar. Also sollten wir sehr sorgsam damit umgehen.

Noch weitergehend wird unser Abfallsystem durch die Entscheidung der Mehrzahl der Gemeinden umgekrempelt, das Einsammeln und Transportieren des Restabfalls an den Landkreis zurückzugeben. Meines Erachtens war dies eine sehr kluge Entscheidung. Auch die Abfallwirtschaft ist durch Konzentration auf der Anbieterseite für Dienstleistungen geprägt. Das vom Bund angekündigte Wertstoffgesetz wird das Tempo und die Inhalte der Ressourcenwirtschaft weiter beschleunigen. Mit der Kompetenzbündelung im Landratsamt werden wir diese Aufgaben gut meistern können.

3. Die Bildung

Ein entscheidender Wirtschaftsfaktor unseres Landkreises sind die vielen fleißigen und gut ausgebildeten Fachkräfte im Handwerk und in den mittelständischen Unternehmen.

Die Lage am Ausbildungsmarkt 2013 ist an der Entwicklung geprägt, dass die Zahl der neuen Ausbildungsverträge zurückgegangen ist. Hier müssen wir weiterhin konsequent und entschlossen handeln.

Neben der WiR haben wir insbesondere mit unseren Beruflichen Schulen ein Instrument in der Hand, mit dem wir aktiv gestalten können. Durch die Gründung des Regionalen Bildungsbüros setzen wir Akzente in der Bildungspolitik in unserem Landkreis.

Mit dem Schulbauprogramm 2000 haben wir bereits Handlungsfähigkeit bewiesen. Die Schulstandorte in Aulendorf, Leutkirch, Ravensburg und Wangen wurden bedarfsgerecht erweitert. Mit dem Schulentwicklungsplan 2013 haben wir wichtige Weichen für die Fortentwicklung der Schulstandorte in Leutkirch und Wangen gestellt.

Auch künftig müssen wir die Kleinklassen in unseren Beruflichen Schulen fest in unserem Blick behalten. Auch wenn das Land zur Einsparung von Lehrerdeputaten gerne geneigt ist, Kleinklassen aufzulösen und überregionale Fachklassen zu bilden, dürfen wir hier nicht schnell nachgeben. Die Nachfrage ändert sich zuweilen oft schnell. Der kurze Weg zur Arbeitsstätte, aber auch insbesondere zur Berufsschule ist nach wie vor ein wichtiges Argument bei der Berufswahl für junge Menschen und deren Eltern.

Auch bei der Bereitstellung der „Hardware“ sind wir weiterhin gefordert:

Im Schulbauprogramm 2000 stand der Neubau von zusätzlichen Räumen im Vordergrund. Nun müssen wir uns an den Erhalt und die Modernisierung des Gebäudebestands machen. Wesentliche Teile dieser Infrastruktureinrichtungen wurden in den 60er und 70er Jahren errichtet. Es gibt daher erheblichen Renovierungsbedarf:

- Dächer werden undicht,
- Fassaden und Fenster entsprechen nicht mehr zeitgemäßen Anforderungen an Energieeffizienz und Wärmeschutz.

Die Verwaltung hat daher im Jahr 2013 den Instandhaltungsstau und eine Vorausschau auf die nächsten Jahre erstellt. Herausgekommen ist dabei das „**Instandhaltungsprogramm Schulen und Verwaltungsgebäude**“.

Ein millionenschweres Programm mit Arbeit für viele Jahre für die Verwaltung und die Gremien. Im Haushalt 2015 und in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 ist der Finanzbedarf der nächsten Jahre abgebildet. Nach den Krankenhäusern wird in diesem Bereich der Schwerpunkt des Finanzbedarfs des Landkreises Ravensburg für Investitionen und Instandhaltungen liegen.

Bei der Planung und Durchführung der notwendigen Instandhaltungen wird sich vielfach die zusätzliche Frage aufdrängen: Entsprechen Klassen- und Fachräume noch den aktuellen

Unterrichtsformen?

Ist die Schule noch attraktiv für die Schüler? Damit schließt sich der Kreis zu den vorher aufgeführten Zielen: Wie attraktiv sind unsere Schulen für die jungen Menschen im Landkreis, damit sich diese entscheiden, in unserem Landkreis eine Ausbildung zu absolvieren und anschließend dem Arbeitsmarkt als gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung zu stehen?

4. Die Fürsorge für Familien und Hilfebedürftige

Für soziale Hilfen wird der Landkreis Ravensburg im nächsten Jahr ca. 108 Mio. € ausgegeben. Dies entspricht in etwa der Höhe des absoluten Aufkommens an Kreisumlage.

Mit diesem Geld unterstützen wir Menschen mit Behinderung im Bereich der Eingliederungshilfe, Personen mit geringer Rente durch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Unterstützung durch Hilfen zum Lebensunterhalt sowie zur Pflege und vieles mehr.

Das Jugendamt kümmert sich um das Wohlergehen der Familien und Kinder durch vielfältige Angebote. Als ein Beispiel will ich an dieser Stelle nach wie vor das erfolgreiche Programm „fit for family“ erwähnen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtige politische Zielsetzung erfährt im Jahr 2015 eine weitere Intensivierung und führt damit zu weiter steigenden Ausgaben im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Dies schlägt mit einem Mehraufwand von 0,55 Mio. € zu Buche und kostet den Landkreis 2015 voraussichtlich 1,92 Mio. €.

Eingliederungshilfeleistungen

Die Ausgaben in der Eingliederungshilfe steigen unaufhörlich. Diese Entwicklung kann vom Landkreis selbst nur in sehr geringem Umfang gesteuert werden und erfordert politisches Handeln, um sie auch für zukünftige Generationen finanzierbar zu machen. Im Jahr 2015 wird der weitere Anstieg im Landkreis durch eine einmalige deutlich höhere Zuweisung aus dem Sozillastenausgleich verhindert, die 2015 aufgrund der Umstellung der Abrechnungsart insgesamt 5,9 Mio. € beträgt und damit 3,1 Mio. € höher ausfällt als erwartet. Nur der auf die Eingliederungshilfe entfallende Anteil von 5,05 Mio. € führt dazu, dass der Nettoaufwand in der Eingliederungshilfe um 0,78 Mio. € auf 56,2 Mio. € sinkt.

Eine weitere Entlastung für den Aufwand in der Eingliederungshilfe von 0,6 Mio. € erhält der Landkreis durch den Bund über eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten den

Unterkunft im Rechtskreis des SGB II. Trotz dieser einmaligen Entwicklung bleibt die höhere Politik aufgefordert, die Eingliederungshilfe den aktuellen Gegebenheiten zu Gunsten der Landkreise anzugleichen.

Unterbringung und Versorgung stark und schnell steigender Flüchtlingsströme

Die Unterbringung und Versorgung der exorbitant steigenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen bleibt weiterhin derzeit die größte Herausforderung. Nur unter höchster Anstrengung aller Beteiligten in den verschiedenen Ämtern unseres Hauses kann diese Aufgabe erfüllt werden. In einem landesweit – vielleicht sogar bundesweiten – einmaligen Schulterschluss zwischen den Städten und Gemeinden sowie dem Landkreis können wir inzwischen unseren Verpflichtungen zur Aufnahme der Asylbewerber gut nachkommen. Mit unserem Konzept der dezentralen Unterbringung in gleichmäßiger Verteilung im gesamten Landkreis auf den 3 Säulen :

- Sammelunterkünfte in festen Gebäuden,
- Wohnungen für Familien und
- Wohncontainer

haben wir es geschafft, dass niemand mehr von Unterbringung in Zelten und Lagerhallen sprechen muss. Mein besonderer Dank gilt dabei den vielen ehrenamtlichen Helferkreisen in den Gemeinden. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre es nicht möglich, diese große Herausforderung zu meistern.

Unter dem finanziellen Blickwinkel betrachtet, stellt diese Aufgabe ein großes Risiko dar. Grundsätzlich bekommen wir unsere Aufwendungen vom Land über pauschale Erstattungen wieder ersetzt.

Im Bereich der Leistungen für den Lebensunterhalt einschließlich der Leistungen bei Krankheit für alle Flüchtlinge in **und** außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften steigt der Nettoaufwand um 1,76 Mio. € auf über 4 Mio. € im Jahr 2015.

Für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge steigen die Gesamtkosten einschl. der voraussichtlichen Investitionen um 5,7 Mio. € auf 8,1 Mio. €.

Die vom Land bisher geleisteten Pauschalen werden nicht ausreichen, um die 2015 erheblichen zusätzlichen Aufwendungen und Investitionen abzudecken. Insbesondere bei den In-

vestitionen besteht das Risiko, dass der Landkreis auf 7-stelligen Beträgen sitzen bleibt. Herr Ministerpräsident Kretschmann hat auf dem Landesasylgipfel angekündigt, dass die Erstattungen des Landes auf den Prüfstand gestellt werden. Hier vertraue ich auf den Herrn Ministerpräsidenten, dass er die Landkreise - finanziell betrachtet - nicht im Regen stehen lässt. Nur dann werden wir Zeltstädte und Turnhallenunterbringung vermeiden können.

5. Der Erhalt und der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur

Meine Damen und Herren, Deutschland zehrt von seiner Substanz, täglich verliert unsere Infrastruktur 13 Millionen Euro an Wert.

Der Verfall der Infrastruktur wird zunehmend zur Wachstumsbremse. Wenn wir bei der notwendigen Modernisierung der Infrastruktur am falschen Ende sparen, belasten wir damit die nachfolgenden Generationen.

Die Verbindung solider Finanzen und kluger Investitionen ist Zukunftsvorsorge im besten Sinn. Der Landkreis Ravensburg leistet wichtige Beiträge zur dauerhaften Sicherung von Wachstum und Beschäftigung und damit zum Wohlstand in unserer Region.

Schon seit Jahren geht der Landkreis Ravensburg sehr systematisch und strategisch sinnvoll den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur an.

Neben dem bereits erwähnten Instandhaltungsprogramm Schulen und Verwaltungsgebäude steht insbesondere unser **Kreisstraßennetz** im Fokus unserer Anstrengungen zur Infrastruktur:

-Kreisstraßenbauprogramm

-Kreisradwegeprogramm

-Kreisstraßen- und Brückensanierungsprogramm

Dies sind Programme mit viel Inhalt. Die Realisierung wird dazu beitragen, die wirtschaftliche Leistungsstärke unseres Landkreises zu erhalten. Im Jahr 2015 werden wir wieder 3,7 Mio. € für die Erhaltung ausgeben und haben ca. 1,9 Mio. € für Investitionen in die punktuelle Verbesserung unseres Kreisstraßennetzes und den Bau neuer Radwege eingeplant.

Öffentlicher Personennahverkehr und Schülerbeförderung

Die Erstattung der Schülerbeförderungskosten ist seit vielen Jahren ein erheblicher Posten

im Kreishaushalt. Neben einem wachsenden Defizit durch allgemeine Kostensteigerungen, sind die rückläufigen Schüler-zahlen und die veränderte Schullandschaft auch im bevorstehenden Haushaltsjahr und in den Folgejahren große Herausforderungen.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld des Kreises, das sich ebenfalls durch die demografische Entwicklung, aber auch durch Veränderungen des rechtlichen und finanziellen Rahmens in einem starken Wandel befindet, ist der ÖPNV.

Im kommenden Jahr werden bewährte Fördermaßnahmen des Landkreises mit einem Schwerpunkt bei Vorhaben des Verkehrs-verbundes bodo weitergeführt. Insgesamt sind rd. 1,3 Mio € im Rahmen unseres Förderkonzeptes zur Umsetzung des Nahverkehrsplans vorgesehen.

Zwar aktuell nicht mit finanziellen Aufwendungen für den Landkreis verbunden, aber dennoch spannend, wird das Jahr 2015 hinsichtlich der Entwicklungen im Schienenverkehr. Teilausschreibungen des Landes für den Schienenpersonennahverkehr stehen an und wir gehen aufgrund klarer politischer Aussagen davon aus, dass es gelingen wird, den Fortbestand der Bodensee-Oberschwaben Bahn im Status Quo zu sichern.

Krankenhäuser und OSK

Eine gut funktionierende und leistungsfähige Krankenhausversorgung stellt eine ganz entscheidende Infrastruktureinrichtung in einem Landkreis dar.

Als Hauptgesellschafter der OSK stellt sich der Landkreis Ravensburg diesem Auftrag in öffentlich rechtlicher Trägerschaft. Im Rückblick kann ich sagen, dass diese Aufgabe meine Amtszeit in besonderem Maße geprägt hat.

Höhen und Tiefen, Krisen und Erfolgserlebnisse durfte / musste ich in dieser Zeit erleben. Mehrere Krisen haben wir dabei erfolgreich gemeistert. Auch die im Jahr 2011 zu Tage getretene große Finanzmisere der OSK haben wir im guten Miteinander zwischen der OSK und ihren Mitarbeitern und den Gesellschaftern mit ihren Gremien wieder stabilisiert. Im Jahr 2014 überschreitet die OSK wieder die Null-Linie. Das Jahr 2014 wird die OSK mit einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von ca. 1,5 Mio. EUR abschließen. Das ist ein Erfolg, auf den wir alle, insbesondere aber auch die Mitarbeiter der OSK stolz sein können.

Die besonders herausragenden Ereignisse der zurückliegenden Jahre waren für mich:

- Die Übernahme der Geschäftsanteile der St. Elisabeth Stiftung und der Kauf des Kranken-

hau-

ses St. Elisabeth im Jahr 2005.

-Die grundlegende bauliche Erneuerung des Krankenhauses St. Elisabeth und

- die schwierigen – aber auch unausweichlichen – Entscheidungen zur Schließung der Häuser

in Isny und Leutkirch

Die Herausforderung der Zukunft liegt in der Verstetigung der positiven finanziellen Entwicklung der OSK. Mit Unterstützung der Fa. Kienbaum wurde ein Aktionsplan bis ins Jahr 2017 entwickelt. Die Umsetzung dieses Programms wird von allen Akteuren viel abverlangen. Nur so wird es uns gelingen, die OSK in eine für den Landkreis Ravensburg finanziell tragbare Zukunft zu führen. Der freie finanzielle Spielraum des Landkreises wird schon seit Jahren durch die Aufgabe „Krankenhaus“ dominiert. Im Bereich der Investitionen wird der Landkreis auch über die nächsten Jahre hinaus gefordert sein. Im Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebs IKP sind wieder Investitionsausgaben i.H.v. 35 Mio. € eingeplant. Insgesamt sind im Jahr 2015 im Kernhaushalt des Landkreises für den Krankenhausesektor ca. 16 Mio. € an Eigenmittel eingeplant.

Auf Dauer werden wir uns diese Summe nicht leisten können. Daher muss ab dem Jahr 2017 für den laufenden Betrieb und den vereinbarten Anteil von 4 Mio. € für die Refinanzierung der Investitionen die OSK selbst aufkommen.

Leistbar ist dies. Aber nur, wenn alle Akteure an einem Seil ziehen.

Breitband

Einen flächendeckenden, leistungsfähigen Anschluss aller Haushalte an das Internet stellt die Schlüsselinfrastruktureinrichtung für Betriebe dar. Der Zweckverband „Breitband“ im Landkreis Ravensburg hat auf diesem Feld schon einiges erreicht. Die Aktivitäten müssen aber noch weiter verstärkt und beschleunigt werden. Der Landkreis Ravensburg wird daher der noch zu gründenden Anstalt des öffentlichen Rechts „Komm.Pakt.net“ beitreten. Der Wirkungskreis dieser Anstalt deckt sich mit dem OEW-Verbandsgebiet. Ziel des Zusammenschlusses ist es, durch eine gebündelte Ausschreibung und Umsetzung eine gute Versorgung des Ländlichen Raumes mit neuen Medien und Techno-logien zu erreichen.

Die Umlage für den Landkreis beträgt jährlich 12.500 €.

In enger Abstimmung mit dem Zweckverband unserer Gemeinden müssen wir im nächsten

Jahr entscheiden, was wir als Landkreis darüber hinaus noch an Hilfestellung für unsere Gemeinden leisten sollten.

6. Die solide Finanzpolitik

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bislang habe ich viel über unsere Aufgaben, Herausforderungen und das bereits Erreichte gesprochen. Sie werden dabei gedacht haben. Alles wunderbar, aber können wir uns das auch alles leisten?

Die Verbindung solider Finanzen und kluger Investitionen ist Zukunftsvorsorge im besten Sinn. Wir können nur das verteilen, was wir auch tatsächlich erwirtschaften. Haushaltspolitisch müssen wir daher konsequent Kurs halten. Der Grundsatzbeschluss des Kreistags vom 22. Mai 2014 war daher richtungsweisend. Als Selbstverpflichtung hat sich der Kreistag einen Schuldendeckel von 100 Mio. € verordnet.

Vertrauen ist der Schlüssel für eine prosperierende Region. Bei der Kreisumlage hat die Verwaltung Wort gehalten. Wie in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt, kann der Kreisumlagehebesatz im Jahr 2015 stabil bei 33,5 % gehalten werden.

Spielraum für eine Absenkung nach unten sehen wir dagegen nicht. Der absolute Betrag auf Einnahmen aus der Kreisumlage steigt aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinden an. Zur Erfüllung der beschriebenen Aufgaben benötigen wir dieses Geld in der Kreiskasse. Eine Absenkung des Kreisumlagehebesatzes würde uns in die Schuldenfalle führen.

Zu einer soliden Finanzpolitik zählt auch der verantwortungsvolle Umgang mit den Personalkosten. Damit komme ich zum Stellenplan und Personalhaushalt 2015. Nachdem in den vergangenen Jahren die Stellenzahl nahezu konstant geblieben ist, brauchen wir im kommenden Jahr eine deutliche Personalverstärkung. Mit „deutlich“ meine ich konkret fast 30 Stellen im Kreishaushalt und rund 2,5 Stellen beim Eigenbetrieb IKP. Dies, meine Damen und Herren, liegt ausschließlich an neuen bzw. stark zunehmenden Aufgaben. Der absolute Schwerpunkt liegt dabei in zwei Bereichen: Um die Rückdelegation der Aufgaben der Abfallbeseitigung zu meistern, brauchen wir 7 Stellen mehr. Und um die voraussichtlich auch im nächsten Jahr weiter steigende Zahl der Asylbewerber gut betreuen und versorgen zu können, brauchen wir 21 weitere Stellen. Diese Stellen werden nicht gleich alle besetzt, sondern nur dann und insoweit, als die Asylbewerberzahlen tatsächlich steigen. Die dann

noch verbleibenden weiteren 4 Stellen für verschiedenste andere Aufgabenzuwächse nehmen sich dagegen fast bescheiden aus.

Das zusätzlich notwendige Personal sowie die Tarif- und Besoldungserhöhungen sind auch die Hauptgründe dafür, dass die Personalaufwendungen im Bruttobetrag um fast 3 Millionen Euro oder um 5,6 % steigen. Sie belaufen sich im Jahr 2015 auf fast 55,6 Millionen Euro. Der größere Teil der Mehraufwendungen wird über höhere Einnahmen refinanziert und wirkt sich insoweit nicht auf die Kreisumlage aus. Markantestes Beispiel hierfür sind die 32 neuen Stellen. Davon sind rund 30 Stellen durch Dritte finanziert, ganz überwiegend durch die Abfallgebühren und die Erstattungen des Landes für die Asylaufgaben.

Mein Fazit: Auch wenn auf den ersten Blick ein anderer Eindruck entstanden sein sollte: Die Personalpolitik des Landkreises bleibt auch 2015 sparsam und wirtschaftlich.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich noch kurz auf die Kreisstrategie eingehen.

7. Die Kreisstrategie

Heute steht die Verabschiedung der Leitziele der Kreisstrategie auf der Tagesordnung. Bislang haben wir uns im Kreistag mit Einzelthemen und Konzepten für Themenbereiche beschäftigt. Die Kreisstrategie stellt den Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung der Aufgaben des Landkreises dar – die er über den Kreistag beeinflussen und steuern kann.

Der Umgang mit diesem Instrument ist für die Verwaltung und den Kreistag noch ungewohnt. Wir befinden uns noch in der Trainingsphase. Meines Erachtens wird die Kreisstrategie in Zukunft das zentrale Steuerungsinstrument des Kreistags darstellen. Das Argument „Das haben wir immer schon so gemacht“ sollte damit der Vergangenheit angehören. Die jährliche Überprüfung der Ziele, das Messen des Erreichten und eine eventuell notwendige Kurskorrektur sollten möglichst bald die Arbeit im Kreistag mitbestimmen. Dies wird insbesondere dann der Fall sein müssen, wenn die Ressource „Geld“ nicht mehr ausreicht, um alle Wünsche erfüllen zu können. Unter dem Diktat der soliden Finanzpolitik werden auch Abwägungen zwischen den Wünschen und der Verteilung zwischen den Aufgabenfeldern notwendig werden.

Nur wenn die Ziele klar sind, können wir dies zum Wohl der Menschen in unserem Landkreis leisten.

Meine Damen und Herren,

das war sie nun, meine **letzte** Haushaltsrede. Vor ihnen liegt das dicke Heft des Haushalts 2015. Meines Erachtens bildet der Inhalt die solide Finanzpolitik des Landkreises Ravensburg ab. Die Finanzpolitik ist danach ausgerichtet, die wesentlichen Impulse für den Wirtschaftsstandort Landkreis Ravensburg zu geben. Dabei hat der Landkreis immer auch die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinde und den Kreisumlagehebesatz fest im Blick.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Entwurf der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2015 zuzustimmen. Vielen Dank.“

Im Anschluss an die Haushaltsrede wird der Redetext als Tischvorlage verteilt.

Herr Baur stellt das Zahlenwerk aus der Sicht des Kreiskämmerers mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Entwurf des Haushaltsplanes nun folgenden Weg nimmt:

- Fraktionsinterne Beratungen
- VWA am 25.11.2014
- Sitzung der Fraktionsvorsitzenden
- Kreistag am 11.12.2014

§ 56

Kreisstrategie: Leitziele des Landkreises

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie den als Tischvorlage verteilten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion (siehe Anlagen).

KR Bindig begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu den zwei Teilzielen „Gesundheit und Krankenhausversorgung“ und „Planen und Bauen“. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Kreisstrategie in den vergangenen Monaten und die verschiedenen Umformulierungen wundert er sich über die Einstellung in der CDU- und FWV-

Kreistagsfraktion. Er hätte gerne eine Erklärung für die ihm erkennbaren Widersprüche und plädiert eindringlich an die anderen Fraktionen, dem Antrag der SPD zuzustimmen.

Für KR Restle liegt es nahe, dass die einzelnen Fraktionen bei einem Strategiepapier mit politischen Leitzielen verschiedene Auffassungen haben und jeweils andere Prioritäten setzen. Die Kunst sei, nun eine einheitliche Linie zu finden, die von allen Kreisräten mitgetragen werden kann. Auf diesem Weg solle man jedoch Wortklaubereien vermeiden.

Auch KR Spieß möchte sich im Prozess der Entscheidungsfindung nicht in Wortklaubereien verlieren. Seiner Auffassung nach könne der erarbeitete Beschlussvorschlag so bestehen bleiben.

KR Dr. Walz befürchtet eine Entwertung des wichtigen Instruments der Kreisstrategie durch derartige Diskussionen. Er besteht auf eine Beibehaltung der kommunalen Trägerschaft bei „Gesundheit und Krankenhausversorgung“ (nicht nur „anstreben“). Bei der „Mobilität“ würden die Grünen auf die Verbesserung und Erhaltung des bestehenden Straßennetzes setzen (und nicht auf einen bedarfsgerechten weiteren Ausbau). Die Formulierung des Leitziels „Planen und Bauen“ werde komplett abgelehnt. Der Landkreis müsse sich für den Erhalt der Landschaft einsetzen und ein Anwachsen des Landschaftsverbrauchs verhindern. Auch beim Ziel „Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus“ seien einige Formulierungen für die Grünen-Fraktion nicht akzeptabel. Bei „Umwelt, Natur und Energie“ schlägt KR Dr. Walz folgenden Text vor: *„Der Landkreis Ravensburg setzt sich ein für die Reduktion von Treibhausgasen und fördert aktiv Maßnahmen, die die Artenvielfalt/Biodiversität verbessern. Er unterstützt Umweltschutzprojekte und setzt sich für weitere Unterschutzstellungen von Flächen ein.“* Den anderen fünf Punkten der Kreisstrategie könnten die Grünen zustimmen, nicht jedoch den gerade erwähnten Leitzielen und daher auch nicht der Kreisstrategie in der von der Verwaltung heute vorgelegten Gesamtfassung.

Der Vorsitzende fragt, ob diese Äußerungen als Anträge zu werden seien.

KR Spangenberg verneint eine explizite Antragserhebung. In der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses sei deutlich geworden, dass die CDU und die FWV zusammenarbeiten, um die Minderheitsfraktionen dominieren zu können. In der Gewissheit, ohnehin überstimmt zu werden, hätten die Grünen auf eine förmliche Antragstellung verzichtet.

KR Prof. Dr. Dieing sieht die „kommunale Daseinsvorsorge“ nicht ausschließlich im Bereich der Krankenhäuser, sondern viel mehr im Bereich der Hausarztversorgung und kleinen

Wundchirurgie in den Städten und Gemeinden vor Ort. Mittelfristig werde es die heutigen Strukturen nicht mehr geben. Auch bei den niedergelassenen Ärzten werde zunehmend eine Konzentration in die Ballungsräume stattfinden. Diesem Prozess sollte sich auch der Kreistag stellen und diesen konstruktiv/planerisch begleiten. Aus diesem Grund sei es der ÖDP-Fraktion wichtig, dass die „kommunale Daseinsvorsorge“ als Hauptziel der Kreisstrategie erhalten bleibt.

KR S. Scharpf geht auf den Flächenverbrauch ein. „Bei der Geschwindigkeit, mit der die Menschen Flächen verbrauchen, benötigen wir bald einen zweiten Planeten!“ Mit Blick auf die Grenzen des Flächenverbrauchs für den Fortbestand der Erde ruft er zu einer spürbaren Bescheidenheit der Menschen auf.

KR Gallasch verweist auf die Beratung im zurückliegenden Verwaltungsausschuss und die dort gefällte demokratische Mehrheitsentscheidung. Er warnt vor einer „Tyrannei der Minderheiten“. Bei allem Verständnis für einen maßvollen Flächenverbrauch gebe es auch noch andere zu berücksichtigende Ziele wie zum Beispiel „Wohnen und Arbeiten“.

KR Nippe erwähnt den zweitletzten Satz im Leitziel „Arbeit und Soziales“. Eine „ausreichende“ Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern scheint ihm als Ziel nicht geeignet zu sein. Er wünscht eine „gute“ Unterbringung und Betreuung. Anstelle von „... unterstützt die Integration...“ schlägt er „fördert“ oder „initiiert“ vor.

KR M. Lang lobt das Vorgehen der Verwaltung bei der Erarbeitung der Kreisstrategie und das Verfahren zur politischen Willensbildung. Der Kreistag sollte es sich heute ersparen, für das Jahr 2015 nochmals in eine Formulierungsdiskussion einzusteigen. Anpassungen könnten im Zuge der jährlichen Aktualisierungen bei den folgenden Haushaltsberatungen vorgenommen werden.

KR Dr. Rapp erkennt den allgemeinen Konsens im Kreistag, dass

- es von allen Seiten begrüßt würde, wenn man die Kreisstrategie in allgemeiner Übereinstimmung und mit breiter Mehrheit verabschieden könnte und dass
- es in diesem Bestreben in der besagten Sitzung des Verwaltungsausschusses auf allen Seiten zu Kompromissen gekommen sei.

Er bittet die Kreisräte, um der Sache willen das eigene Abstimmungsverhalten gut abzuwägen.

KR Henle wundert sich über die Schärfe dieser Diskussion und den Vorwurf des undemo-

kratischen Vorgehens. Seiner Auffassung nach enthalte der Beschlussvorschlag vernünftige Ansätze.

KR Spangenberg geht nicht davon aus, dass heute eine „Einheitsmeinung“ gefunden werden kann. Dazu seien die Auffassungen zu unterschiedlich.

KR Bindig bestätigt das akzeptable und differenzierte Verfahren. Da die Kreisstrategie heute erstmals in öffentlicher Sitzung behandelt wird, hätten die Äußerungen der Fraktionen in dieser Form erfolgen müssen. Er wiederholt seine Bitte an die CDU und die FWV, ihre Einstellung beim Ziel „Gesundheit und Krankenhausversorgung“ nachvollziehbar zu begründen.

Der Vorsitzende schlägt vor, über die Anträge der SPD-Fraktion zuerst abzustimmen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Bei 22 Ja-Stimmen und einer Enthaltung fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD zum Leitziel „Gesundheit und Krankenversorgung“ wird abgelehnt.

Bei 21 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD zum Leitziel „Planen und Bauen“ wird abgelehnt.

Bei 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Die Leitziele für den Landkreis Ravensburg werden in der Fassung vom 14.10.2014 (siehe Anlage zur Sitzungsvorlage) beschlossen.

KR Bindig erklärt das Abstimmungsverhalten der SPD-Kreistagsfraktion: Das Arbeiten mit einer Kreisstrategie sei sehr sinnvoll. Die Leitziele „Gesundheit und Krankenhausversorgung“ sowie „Planen und Bauen“ seien für die SPD-Mitglieder jedoch so wesentlich, dass sie das Gesamtwerk in dieser Form nicht mittragen konnten.

§ 57

Abfallwirtschaftskonzept Landkreis Ravensburg

Herr Nitz verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts mit einer PowerPoint-Präsentation.

KR Schuler begrüßt die Aktualisierung in der vorliegenden Form und auf der Grundlage aller Vorarbeiten und wünscht regelmäßige Berichte.

Nach allgemein zustimmenden Stellungnahmen der verschiedenen Fraktionen zum Beschlussvorschlag fasst der Kreistag **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

Der Kreistag stimmt der beigefügten Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts zu.

§ 58

Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Ravensburg ab dem 01.01.2016

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die einzelnen §§ der Satzung.

KR Krattenmacher möchte die Gebühren erst nach der Ausschreibung endgültig festsetzen. Hierzu stehe noch die grundlegende Entscheidung aus:

- Soll das System kostendeckend sein?
- Soll es seinen Überschuss erwirtschaften?
- Soll für eine Unterdeckung die Rücklage herangezogen werden?

In Zusammenhang mit dem Gebührenschuldner wünscht er eine Abfrage in anderen Landkreisen und eine Gegenüberstellung von Argumenten, die für den Eigentümer oder für den Mieter sprechen.

Der Vorsitzende und Herr Baur sagen dies zu.

Herr Baur bezeichnet die Gebührensätze als vorläufig. Erst nach Vorlage der Ausschreibungsergebnisse könnten die Gebühren abschließend kalkuliert werden. Derzeit handle es sich um eine vorsichtige Hochrechnung entsprechend den (nicht kostendeckenden) Vorgaben des Kreistags. Es sei politisch zu entscheiden, ob dies nach wie vor so gelten soll. Nach der Ausschreibung könne die Gebührenkalkulation nochmals auf den Prüfstand gestellt werden. Sollte die finanzielle Situation günstiger ausfallen als gedacht, sei ja alles gut. Andernfalls stelle sich die Frage, ob es bei der Unterdeckung bleiben soll oder ob eine Anpassung peu à peu erfolgen soll, bis die Kostendeckung erreicht ist.

Auf Frage von KRin Gebhardt bestätigt Herr Baur, dass für eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang eine private Gartenfläche von 25 qm ausreichend ist. KRin Gebhardt hält diese Fläche für zu klein. Sie befürchtet, dass sich zu viele Haushalte befreien lassen können und dadurch die Grundlage der Gesamtkalkulation erneut ins Wanken kommt.

KR Schmidinger hat die Satzung fraktionsintern noch nicht besprochen und kündigt an, offene Fragen ggf. nachzureichen.

KR Sing äußert drei Anliegen:

- Der Bundesgesetzgeber habe die Abfallwirtschaft über die Kreislaufwirtschaft zu einer Ressourcenwirtschaft weiterentwickelt. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, brauche das Werk einen anderen Namen: „Abfall- und Ressourcenwirtschaftssatzung des Landkreises Ravensburg“.
- Die Bürgermeister und Gemeinderäte sollten über die Details der Gebührenfestsetzung informiert werden, bevor der Kreistag über die Gebührenhöhe und die Satzung beschließt.
- Mit der Darstellung der Restmüllgebühr für einen 40-Liter-Behälter bei minimaler Leerungszahl könne der Bürger erkennen, dass bei großer Müllvermeidung und ohne Biomüll eine Gesamtgebühr von nur 63 € pro Jahr auf ihn zukommen wird.

Auch KR Restle spricht sich für eine umfassende Information der Bürgermeisterämter aus.

KR M. Scharpf geht auf das Verhältnis von Biomüll und Restmüll ein und sucht nach günstigen Lösungen für die Verbraucher, vor allem für junge Familien.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Kreistag den Entwurf der Abfallwirtschaftssatzung

zur Kenntnis.

§ 59

Kreditsachen

Der Vorsitzende verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen).

In allgemeiner Übereinstimmung wird auf einen Sachvortrag verzichtet.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag bei einer Enthaltung **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Auf die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung aus dem Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebs IKP in Höhe von 4.245.700 EUR wird verzichtet. Im Kernhaushalt wird die Kapitalzuführung an den Eigenbetrieb IKP um diesen Betrag erhöht. Die Finanzierung erfolgt durch den überplanmäßigen Jahresüberschuss 2013.

§ 60

Kapitalerhöhung RaWEG mbH

Herr Baur verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert das geplante Vorgehen.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag bei einer Enthaltung **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

1. Herr Landrat Widmaier wird bevollmächtigt, in der nächsten RaWEG Gesellschafterversammlung am 25.11.2014 der Änderung des Gesellschaftervertrages zuzustimmen.

2. Im Zuge dieser Veränderung wird einer Erhöhung des Stammkapitals der Ra-WEG mbH von bisher 107.371,30 € auf 161.280 € zugestimmt.
3. Die Kapitalerhöhung für den Landkreis beträgt 53.819,48 €
Der Stammkapitalanteil des Landkreises beträgt danach 96.768,--€

§ 61

Asylbewerberunterbringung - Sachstandsbericht

Frau Raedler verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage (siehe Anlage) und schildert den aktuellen Stand bei der Asylbewerberunterbringung.

Herr Baur beschreibt die Vorgehensweise der Verwaltung und die Verteilung auf drei Säulen:

- Plätze in Containeranlagen
- angemietete Unterkünfte
- Unterkünfte in erworbenen Gebäuden.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Kreistag den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Anfragen und Bekanntgaben

§ 62

Anfragen und Bekanntgaben - Polizeireform

KR Bürkle verweist auf die Pressemitteilung, wonach die Polizeireform erfolgreich umgesetzt werden konnte. Er hätte gerne aktuelle Zahlen zur tatsächlichen Besetzung der Polizeiposten im Landkreis Ravensburg.

Der Vorsitzende plant, den Polizeipräsidenten Ekkehard Falk zu einer Sitzung des Verwaltungsausschusses zu laden und ihn um eine Präsentation über die aktuelle Situation zu bitten.

§ 63

Anfragen und Bekanntgaben - FDP im Kreistag

KR Restle informiert, dass die beiden FDP-Mitglieder im Kreistag künftig an den Sitzungen der CDU-Kreistagsfraktion teilnehmen werden und dementsprechend auch ihre Plätze bei der Kreistags-Bestuhlung geändert haben. Dessen ungeachtet bleibe es aber bei der Parteilentrennung CDU und FDP.

Auszug aus dem Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Kreistags
am 13.11.2014

§ 64

Rechtsstreitigkeiten aktuelle Bauprojekte - Zentralküche und Krankenhaus St. Elisabeth

Beschluss:

- a. Der Kreistag stimmt dem Vergleich des Landgerichts vom 25.09.2014 im Rechtsstreit zwischen Fliesen-Zentrum Deutschland GmbH und Landkreis Ravensburg zu.

- b. Der Einreichung der Klage beim Landgericht Ravensburg gegen die Fa. Männig wird zugestimmt.

Z. B.

Vorsitzender
Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz
entfällt

Schriftführerin
Eva Weeber

Kreisräte